

NSA-Affäre

Der Teflon-Zeuge

Frank-Walter Steinmeier ist der Mann, der am besten über die Kooperation zwischen BND und NSA Bescheid wissen müsste. Probleme? Von denen habe er nie erfahren, sagte er.

Kai Biermann
Frank-Walter Steinmeier wollte nur das Beste für die Sicherheit Deutschlands und hat nichts falsch gemacht. Das zumindest beteuerte er als Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags, vor dem er zu seiner Rolle im NSA-Skandal befragt wurde. Denn von 1999 bis 2005, als die NSA-BND-Affäre ihren Anfang nahm, war der heutige Außenminister noch Chef des Bundeskanzleramts unter Gerhard Schröder und damit oberster Aufseher des Bundesnachrichtendienstes (BND). Im Gegensatz zu einigen seiner Vorgänger in diesem Amt gilt er als jemand, der sich für die Geheimdienste interessiert und sich tief in deren Themen eingearbeitet hat.

Steinmeier war verantwortlich

Steinmeier ist damit der Mensch, der außerhalb von BND und NSA wohl am meisten über die Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten wissen müsste. Er konnte am besten überblicken, was sie in Deutschland taten. Er war mit nahezu allen Operationen, mit allen Vorgängen befasst, die in den vergangenen zwei Jahren dank der Arbeit des Untersuchungsausschusses ans Licht gekommen sind. Eine Verantwortung für "ein etwaiges Fehlverhalten" von NSA und BND will Steinmeier jedoch nicht erkannt, ja selbst irgendein Fehlverhalten möchte er nicht gesehen haben. Überwachungsskandal? Nicht, wenn es nach Steinmeier geht.

Als Chef des Kanzleramts war er - auch wenn er den Vertrag letztlich nicht unterschrieben hat - verantwortlich für die Verhandlungen um das Abkommen mit der NSA, das sogenannte Memorandum of Agreement (MOA). Das wurde im April 2002 geschlossen, aber war lange vorher besprochen. Es ist die Grundlage der umstrittenen Abhöroperationen wie Eikonal oder Glotac und damit die Grundlage der gesamten Affäre.

Ein Freibrief für die Telekom

Steinmeier hat auch den Freibrief für die Telekom verantwortet, mit dem Eikonal technisch erst möglich wurde. Der kurze Brief, welcher der Telekom versicherte, sie tue nichts Verbotenes, wenn sie den BND in Frankfurt an Internetkabel heranlasse, gilt heute als kritisch bis illegal. Denn der BND darf in Deutschland keine Daten von Deutschen sammeln,

doch ist es nicht möglich, die Ströme in einem Internetkabel sauber zu trennen, wie der NSA-Ausschuss inzwischen belegen konnte. Auch weil der BND dabei nur als Tarnung agierte, eigentlich wollte die NSA die Daten aus dem Kabel, das von 2004 bis 2008 abgehört wurde. Ernst Uhrlau hatte den Freibrief 2003 in seiner Funktion als Geheimdienstkoordinator der Abteilung 6 im Kanzleramt unterschrieben. Uhrlaus Vorgesetzter damals: Frank-Walter Steinmeier. Sowohl das MOA als auch der Freibrief seien gut, richtig und nicht zu beanstanden, sagte Steinmeier im Ausschuss. Dass man der Telekom verschwiegen habe, dass sie eigentlich für die NSA arbeitet und nicht für den BND, sei "aus Sicht der deutschen Dienste nachvollziehbar". Es habe keinen Grund gegeben, ihr das mitzuteilen. Auch die Operation Eikonal rechtfertigte Steinmeier als unverzichtbar.

Kommission des Bundestags getäuscht

Das MOA sei ein bindender Vertrag zwischen den Diensten. Er habe ihm zugestimmt, weil darin geregelt war, dass es keine unabhängigen Operationen der NSA in Deutschland geben dürfe, dass beide Partner sehen könnten, was der andere sammelt, und dass deutsches Recht eingehalten werde. "Das MOA ist kein Freifahrtschein für die NSA, Daten über Deutsche in Deutschland zu erfassen, das war ausgeschlossen." Auch ein Ringtausch von Daten und damit ein Umgehen der Gesetze war damit "explizit verboten", sagte Steinmeier. "Ich habe das MOA für richtig befunden und tue es auch heute noch."

Die getäuschte Kommission

Auch in einem anderen Punkt vertritt Steinmeier eine spezielle Meinung. Die G10-Kommission des Bundestags sei getäuscht worden, so der Vorwurf. Problematisch wäre das deswegen, weil die G10-Kommission darüber entscheidet, ob sogenannte Beschränkungsmaßnahmen beim Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis durch die Nachrichtendienste des Bundes überhaupt notwendig oder zulässig sind. Sie sollte letztlich Überwachungsoperationen zustimmen, die sie sonst nie genehmigt hätte. Die G10-Kommission hat sich darüber beschwert. Steinmeier ist das egal. Dabei gilt es als gesichert, dass der BND die

Genehmigung bei der Kommission nur beantragte, um damit an alle Daten in dem Kabel zu kommen und nicht nur an die wenigen, die vielleicht nur Deutsche im Ausland betroffen hätten. Die Genehmigung wurde daher "Türöffner" genannt.

Alternativlose Kooperation

Steinmeier sagte im Ausschuss nur, er könne die Kritik an dem Verfahren nicht nachvollziehen. Die Kommission sei über die Dinge informiert worden, die sie etwas angehen würden, eben den G10-Anteil der Kommunikation. Mehr sei nicht notwendig gewesen. Sein immer wieder vorgetragenes Hauptargument: Die Kooperation mit den USA sei alternativlos, um Deutschland vor Terroristen zu schützen.

Steinmeier war selbst "überrascht"

Nur an einem Punkt ließ er erkennen, dass doch nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein könnte bei diesen Geheimdienstoperationen. Dass der BND befreundete Staaten und gar deutsche Diplomaten abgehört haben sollte, habe ihn "sehr überrascht", sagte er. Wenn es passiert sein sollte, sei dies ein klarer Verstoß. Er selbst aber habe für ein solches Fehlverhalten nie Hinweise erhalten.

In seiner Erinnerung "herabgesunken"

Das war der zweite Teil seiner Verteidigungsstrategie: Immer dann, wenn es darum ging, was bei dieser Kooperation tatsächlich abgehört und weitergeleitet wurde, sagte Steinmeier, dass er nichts davon gewusst habe. Selektoren, die nach deutschen Firmen suchten? Daten von Deutschen, die an die NSA übermittelt wurden? Steinmeiers Antworten auf konkrete Fragen waren immer die gleichen: "Davon hatte ich keine Kenntnis"; "Ich war nicht Teil dieser Gespräche"; "Davon habe ich nichts erfahren"; "Das wurde mir nicht gemeldet"; "Da hatten wir keine begründeten Zweifel"; "Ich habe nie einen Selektor gesehen". Oft war er sich auch einfach nicht sicher, was er wusste und gesehen hat, manches war in seiner Erinnerung "herabgesunken".

Je konkreter die Fragen wurden, desto weniger konnte sich Steinmeier an etwas erinnern. Viele Begriffe der Debatte will er erst in der jüngeren Vergangenheit aus der Zeitung erfahren haben, sich für viele technische Einzelheiten nie interessiert haben. Politisch war das alles in Ordnung. Was die Dienste dann anschließend konkret machten, das habe nicht zu den Aufgaben des Chefs des Bundeskanzleramts gehört - so die Linie des Außenministers.

Keine Verantwortung übernehmen

André Hahn, der für die Linkspartei im Ausschuss sitzt, hatte vor der Sitzung bereits gesagt: "Wir gehen davon aus, dass wir es mit einem gut präparierten Teflon-Zeugen zu tun haben werden." Er behielt Recht. Steinmeier bürstete jede Verantwortung weg. Probleme mit Kooperationen seien ihm nie gemeldet worden - obwohl der BND selbst Probleme mit den Selektoren genannten Suchbegriffen der Amerikaner festgestellt und nach eigenem Bekunden auch nach oben gemeldet hatte. Immerhin hatte das Kanzleramt Eikonal wohl auch deswegen 2008 eingestellt. Die umstrittenste Operation, die Kooperation zwischen BND und CIA beim Internetanbieter MCI namens Glotaic will Steinmeier gleich gar nicht gekannt haben. Obwohl er zugab, dass das Kanzleramt darüber eigentlich hätte informiert werden müssen. "Ernsthaft, ich glaube, dass ich mich erinnern würde, wenn mir das zu damaliger Zeit mitgeteilt worden wäre."

Eine Strategie wie bei de Maizière

Diese Verteidigungslinie hatte auch schon Thomas de Maizière genutzt, der von 2005 bis 2009 Chef des Kanzleramtes war und damit der Nachfolger von Steinmeier. Wenn irgendetwas schief gelaufen sei, dann sei der BND Schuld, nicht das Kanzleramt. Steinmeier argumentierte ähnlich. Wenn der BND irgendetwas angestellt habe, dann sei das ein Verstoß gegen das MOA, der Politik könne man dabei jedoch nichts anlasten. Praktischerweise ist dieses Abkommen bis heute streng geheim. Die Obleute des Untersuchungsausschusses durften es zwar im Kanzleramt lesen, aber sie dürfen nicht darüber reden, ja nicht einmal ihr Wissen im Ausschuss verwenden. Nur so viel ist klar: Das MOA war nie als allgemeines Überwachungsabkommen gedacht. Eigentlich wird in diesem Vertrag nur die Übergabe von Bad Aibling geregelt. Aibling Station gehörte den USA und wurde dem BND unter der Voraussetzung übergeben, dass er dort abgehörte Daten mit der NSA teilt. Für spätere gemeinsame Überwachungsoperationen wie Eikonal, Glotaic oder Monkeyshoulder kann das MOA von 2002 daher nur eine ungefähre Richtlinie sein. Ein bindender Vertrag, der solche Operationen regelt, ist es sicher nicht, auch wenn Steinmeier das nun anders darstellt. Und es bleibt eine offene Frage: Warum leistet sich das Bundeskanzleramt einen Beauftragten für die Nachrichtendienste, dessen Aufgabe die Rechts- und Fachaufsicht dieser Dienste ist, wenn er nichts davon erfährt, was diese Dienste tun? Denn selbst wenn Steinmeier die Kooperationen mit der NSA mit den besten Vorsätzen genehmigt hat, so war es doch die Aufgabe des Kanzleramts und damit seine Aufgabe, zu kontrollieren, ob die Geheimdienste dabei keinen Unsinn anstellen.